SPYRIDON SFETAS

THRAKIEN ALS ZUGANG BULGARIENS ZUR ÄGÄIS IN DER AUSSENPOLITIK DER REGIERUNG STAMBOLIJSKI (1920 - 9. JUNI 1923)

Im Befreiungsprogramm des griechischen Nationalstaates des 19. Jahrhunderts war Thrakien wohl berücksichtigt, aber wegen der Entfernung vom Mutterland gewann es keine Priorität wie Epirus, Thessalien und später Makedonien. Erst in Zeichen der Auflösung des Osmanischen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg gewann das thrakische Gebiet für Griechenland an Bedeutung[1].

West-Thrakien und Ost-Thrakien bis Tzataltza konnten im Ersten Balkankrieg von der bulgarischen Armee besetzt werden, was zum Teil durch die anti-türkischen Operationen der griechischen Flotte in der Ägäis ermöglicht wurde. Im Zweiten Balkankrieg okkupierte die griechische Armee West-Thrakien bis zum Fluß Evros und verdrängte die bulgarischen Truppen, während gleichzeitig die Türken Ost-Thrakien in Besitz nahmen. Aber auf der Friedenskonferenz in Bukarest (30.7-10.8.1913) verzichtete Griechenland auf West-Thrakien zugunsten des besiegten Bulgariens, um die Balkanallianz von 1912 zu retten und ein Bollwerk gegen das Osmanische Reich zu etablieren. Auf dem Altar dieser Balkanallianz opferte Venizelos die Interessen des Griechentums West-Thrakiens[2]. Gemäß dem Vertrag von Konstantinopel (29.9.1913) behielt die Türkei Ost-Thrakien einschließlich der Städte West-Thrakiens Karaagač und Didymoteichon auf dem westlichen Ufer des Flusses Evros.

1. Vgl. M. Jovevsko, "Thrace in the bulgarian and greek programms of 1918-1919", in: *Etudes Balkaniques* Nr. 3-4 (1992), S. 57-63. Gemäß einer türkischen Statistik aus dem Jahre 1902 lebten in Ost-Thrakien 280.420 Griechen und 74.102 Bulgaren, in West-Thrakien dagegen 72.861 Griechen und 59.415 Bulgaren. Gemäß einer griechischen Statistik aus dem Jahre 1910 lebten in Ost-Thrakien 355.286 Griechen und 43.350 Bulgaren, in West-Thrakien dagegen 65.864 Griechen und 64.493 Bulgaren. Zitiert nach N. Petsalés-Diomédés, *Greece at the Paris Peace Conference 1919,* Thessaloniké 1978, S. 343-344.

2. Über die Reaktion des Griechentums West-Thrakiens auf den Vertrag von Bukarest vgl. K. Papathanasé-Musiopulu, «Ο αντίκτυπος της συνθήκης του Βουκουρεστίου στη Θράκη», in: *Η συνθήκη του Βουκουρεστίου και η Ελλάδα,* Ίδρυμα Μελετών Χερσονήσου του Αίμου, Θεσσαλονίκη 1990, S. 113-125.

Bulgariens Ziel war es aber, seine Hegemonie auf dem Balkan durchzusetzen, was eine konstruktive Verständigung mit Serben und Griechen vereitelte und im Ersten Weltkrieg den Beitritt Bulgariens zu den Mittelmächten am 6.9.1915 bewirkte. Die Mittelmächte offerierten ganz Makedonien, was der Entente aus Rücksicht auf Serbien und Griechenland nicht möglich war, Ost-Thrakien bis zur Aimos-Médeia Linie und die Süd-Dobrudža. Am 6.9.1915 trat die Türkei Karaagač und Didymoteichon an Bulgarien ab, so daß es die Eisenbahnstrecke Svilengrad - Karaagač - Didymoteichon - Alexandroupolis völlig beherrschte. Während des bulgarischen Regimes emigrierten die Griechen West-Thrakiens nach dem griechischen Teil Makedoniens. Viele wurden von den bulgarischen Behörden nach Bulgarien deportiert. Gleichzeitig siedelte Bulgarien in West-Thrakien bulgarische Flüchtlinge aus Ost-Thrakien an, um die dortigen ethnischen Verhältnisse zugunsten des bulgarischen Elements zu verschieben. Nach seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg kapitulierte Bulgarien am 29.9.1918 und zog seine Truppen aus den besetzten Gebieten ab. Französische und italienische Militärs übernahmen die provisorische Verwaltung Makedoniens und die Militärhoheit in Bulgarien. In West-Thrakien blieb aber die bulgarische Souveränität vorläufig unangetastet, weil es als Bestandteil des bulgarischen Staates galt und sein Schicksal auf der Friedenskonferenz bestimmt werden sollte.

Wegen des Verhaltens Bulgariens im Ersten Weltkrieg und angesichts der bevorstehenden Auflösung des Osmanischen Reiches betrachtete Griechenland Bulgarien nicht mehr als einen potentiellen Bündnispartner und meldete Ansprüche nicht nur auf West-Thrakien, sondern auch auf den größten Teil Ost-Thrakiens an. Anfang Januar 1919 überreichte Venizelos den Alliierten ein Memorandum über die griechischen territorialen Ansprüche, in dem es bezüglich Thrakiens hieß:

"On the assumption that Constantinople would become an international state, Greece should annex both Western and Eastern Thrace south of a line from the summit of mount Koula (Kuslar Dagh) on the existing northeastern Greco-Bulgarian frontier, and from there running along the Turco-Bulgarian frontier of 1913 to San Stefano on the Black Sea, without excluding the possibility of a concession to Bulgaria of a small area north-east of Kirk-Kilissé to Cape Iniada. The territories claimed would include a Bulgarian minority of only 69,000. Cut off from the Aegean, Bulgaria would nevertheless have the outlet on the Black Sea through the ports of Burgas and Varna and she would benefit from the guaranteed freedom of the Straits. Moreover, Dedeagatch might become a free port. Porto-Lagos, however, should not be given to Bulgaria, as it might be turned into a submarine base. The policy of con-

ciliation with Bulgaria had definitely proved a failure and the argument of a Balkan balance of power no longer held good with the prospect of the doubling of Yugoslav and Roumanian territory. Venizelos' own position in Greece would be threatened if Greece did not obtain Thrace"[3].

Auf der Pariser Friedenskonferenz, die am 18. Januar 1919 begonnen hatte, unterstützten England und Frankreich die griechischen Thesen bezüglich West-Thrakiens, während Amerika und Italien für das Verbleiben West-Thrakiens bei Bulgarien eintraten[4]. Durch ihre probulgarische Haltung wollten sie vor allem ihre eigenen Interessen vertreten. Italien nützte die West-Thrakien-Frage als Druckmittel gegen Griechenland aus, um es zu Konzessionen in Kleinasien zu zwingen. Amerika plante die Errichtung eines internationalen Staates um Konstantinopel und die Meerengen einschließlich Ost-Thrakiens als eine Basis gegen Sowjetrußland. Durch das Verbleiben West-Thrakiens bei Bulgarien beabsichtigte sie den zu errichtenden Staat von einer künftigen Annexion durch Griechenland zu bewahren. Deswegen sollte Griechenland keine gemeinsame Grenze zu ihm haben[5]. Gemäß der Venizelos-Titoni Vereinbarung von 29.7.1919 verständigten sich Griechenland und Italien auf eine Abgrenzung ihrer Interessensphären in Albanien und Kleinasien, was das Aufgeben der probulgarischen Haltung Italiens in der West-Thrakien-Frage zur Folge hatte. Infolgedessen mußte Präsident Wilson, der in der Tat keine unmittelbaren Interessen auf dem Balkan hatte, allmählich von der Idee der Errichtung des Konstantinopoler-Staates abrücken. Die bulgarische Delegation auf der Friedenskonferenz zeigte keinen Realitätssinn und betonte den bulgarischen Charakter Makedoniens, Thrakiens und der Dobrudža, statt minimale, konkrete und realisierbare Forderungen aufzustellen. Am 18. September 1919 beschloß der Oberste Rat der Konferenz die Räumung West-Thrakiens von der bulgarischen Armee und seine anschließende Okkupation durch die Truppen der Alliierten. Vom 15. bis 22. Oktober 1919 räumte die bulgarische Armee West-Thrakien und gleichzeitig besetzten die Alliierten unter dem Kommando des französischen Generals *Sharpy* das Gebiet. Die griechischen Truppen wurden in Xanthé stationiert. General *Sharpy* wurde nicht nur zum militärischen, sondern auch zum politischen Gouverneur West-Thrakiens ernannt. Ihm unterstand ein Oberster Verhaltungsrat, der die verschiedenen Volksgruppen West-Thrakiens vertrat

3. Vgl. Petsalés-Diomédés, *op. cit.*, S. 124.

4. *Ibidem*, S. 261-264.

5. Hr. Hristov, "On the question of the Entente's and USA policy in Southeastern Europe in 1918-1919", In: *Etudes Historiques*, T. VII (1975), S. 397.

und aus 5 Griechen, 5 Muslimen, 2 Bulgaren, einem Armenier, einem Juden und einem Levantiner bestand. Das Land wurde in 2 Bezirke (Komotiné und Karaagač) und in 6 Kreise (Xanthé, Alexandroupolis, Komotiné, Soufli, Didymoteichon, Karaagač) geteilt. Gemäß dem am 27.11.1919 unterzeichneten Vertrag von Neuilly verzichtete Bulgarien auf seine Souveränität über West-Thrakien zugunsten der Alliierten. Man sicherte aber Bulgarien einen wirtschaftlichen Zugang zur Ägäis zu. Artikel 48 legte fest: "Les Principales Puissauces ailiées et associées s'engagent à ce que la liberté des débouchés économiques de la Bulgarie sur la Mer Egée soit garantie. Les conditions de cette garantie seront fixées ultérieurement"[6].

Das Regime der Alliierten war nur für eine bestimmte Zeit gedacht, um Ordnung und Ruhe in West-Thrakien herzustellen. Es war kein Geheimnis, daß die Okkupation der Alliierten bald von einer griechischen Okkupation abgelöst werden würde. Deswegen bemühte sich der Vertreter der griechischen Regierung in West-Thrakien *Chr. Vamvakas* um eine Verstärkung der Positionen des Griechentums[7]. Ihm gelang es, das Vertrauen des Generals Sharpy zu gewinnen, die Rückkehr der ausgewanderten und deportierten Griechen zu ermöglichen, die geschlossenen griechischen Schulen und Kirchen öffnen zu lassen und vor allem das Mißtrauen der türkisch-stämmigen Muslime und der muslimischen Pomaken gegenüber den Griechen zu zerstreuen. Beiden waren die Bulgaren verhaßt. Während des bulgarischen Regimes sahen sich die Pomaken einer Zwangschristianisierung und Namensänderungskampagne durch die I.M.R.O. ausgestetzt[8]. Die türkisch-stämmigen Muslime waren mit der bulgarischen Verwaltung wegen Steuererhöhungen und Mißhandlungen unzufrieden. Für diese positive Haltung der nicht griechischen Bevölkerung West-Thrakiens gegenüber den Griechen spricht die Tatsache, daß jungtürkische Nationalisten und bulgarische Komitatschi, die sich oft aus Ost-Thrakien ins West-Thrakien einschleusten, um die Muslime und Bulgaren gegen die Griechen aufzustacheln, überhaupt keinen Anklang fanden. Deswegen lancierten sie die Idee der Autonomie West-Thrakiens unter dem Schutz Frankreichs und einigten sich darauf, bei den Präsidentschaftswahlen einen gemeinsamen Kandidaten, den Türken Tefik-Bey, aufzustellen, der

6. Zitiert nach N. Moschopoulos, *La question de Thrace ou le mensonge bulgare*, Athènes 1922. S. 465.

7. Über die Tätigkeit von Vamvakas vgl. *Η απελευθέρωση της Δυτικής Θράκης*, Από το αρχείο του Χαρίσιου Βαμβακά - Επιμέλεια Καλλιόπης Παπαθανάση-Μουσιοπούλου, Αθήναι 1975.

8. Κ. Γέρακας, *Αναμνήσεις εκ Θράκης 1920-1922*, Αθήναι 1925, S. 86-87.

nach seiner Wahl zum Präsidenten des Obersten Verwaltungsrates für die Autonomie West-Thrakiens eintreten sollte. Aber bei den Wahlen vom 4. April 1920 stimmten die Muslime Hafiz Salih und Osman Aga wie auch der armenische Vertreter in Obersten Verwaltungsrat für die Kandidatur des Griechen E. Doulas, der mit 8 Stimmen zu 7 zum Präsidenten gewählt werden konnte[9]. Diese Spaltung der muslimischen Front ist ein Beweis für die damals bestandene Kluft zwischen den traditionellen türkisch-stämmigen Muslimen und den jungtürkischen Nationalisten.

Die französischen Behörden trugen wesentlich zur Herstellung friedlicher Beziehungen zwischen den Volksgruppen Thrakiens bei und ebneten den Weg für die künftige griechische Okkupation[10]. Am 22. April 1920 führten sie eine Volkszählung durch, nach der in West-Thrakien 86.578 Muslime, 54.092 Bulgaren und 56.114 Griechen lebten. Vom Oktober 1919 bis zum 1. März 1920 emigrierten 20.000 Bulgaren nach Bulgarien und 22.000 Türken in die Türkei, während im Gegenzug 23.000 Griechen nach West-Thrakien zurückkehrten[11]. Daraus ist zu schließen, daß bei der Herstellung des Regimes der Alliierten in West-Thrakien 74.092 Bulgaren und 33.114 Griechen dort lebten.

Auf der Konferenz von San-Remo (19.-24. April 1920) wurde von den Alliierten die Okkupation sowohl West-Thrakiens als auch Ost-Thrakiens durch die griechische Armee beschlossen. Am 27/28 Mai 1920 besetzte die griechische Armee West-Thrakien, ohne irgendwo auf nennenswerten Widerstand zu stoßen. Türkische Nationalisten in Ost-Thrakien, die unter der Führung von Cafer-Tayyar den Kampf gegen die griechische Armee organisierten, hatten schon im April-Mai 1920 Kontakte sowohl mit der bulgarischen Regierung als auch mit der bulgarisch-thrakischen Organisation und der I.M.R.O. aufgenommen und eine gemeinsame Aktion gegen die Griechen vorgeschlagen. Mit Rücksicht auf Sanktionen seitens der Entente schloß der bulgarische Ministerpräsident Al. Stambolijski eine Unterstützung des offiziellen Bulgariens aus[12]. Auch die bulgarisch-thrakische Organisation

9. *Η απελευθέρωση της Δυτικής Θράκης*, S. 91-93.

10. Für eine Einschätzung des Regimes der Alliierten aus bulgarischer Sicht vgl. St. Trifonov, *Antantata v Trakija 1919/1920*, Sofija 1989.

11. V. Božinov, "Zapadna Trakija v diplomatičeskata borba", in: *Vănšnata politika na Bŭlgarija 1878-1944*. Izsledvanija po bŭlgarska istorija (3), Sofija 1978, S. 252. Durch die Repatriierung der West-thrakischen Griechen und die Ansiedlung von Griechen aus Bulgarien, dem Kaukasus und Ost-Thrakien belief sich der Anteil der griechischen Bevölkerung West-Thrakiens nach der griechischen Volkszählung vom Dezember 1920 auf 90.189. Vgl. Γέρακας, *op. cit.*, S. 93.

12. St. Trifonov, "Vătrešna Trakijska Revoljucionna Organizacija (1920-1926)", in:

zeigte sich zu einer Kooperation nicht bereit, weil die Türken die Rückkehr der bulgarischen Flüchtlinge aus Ost-Thrakien nicht gestatteten. Nur bei der I.M.R.O. fanden die Vorschläge Tayyars Anklang. Freischärler der I.M.R.O. unter Al. Protogerov kamen Tayyar zu Hilfe. Als im Juli 1920 die griechische Armee Ost-Thrakien besetzte, leisteten ihr türkische Nationalisten und bulgarische Freischärler einen "begrenzten Widerstand"[13]. Sie unterlagen aber rasch den gut aufgerüsteten griechischen Truppen.

Die griechische Souveränität über West-Thrakien wurde in einer zwischen Griechenland und den Alliierten am 10.8.1920 in Sèvres unterzeichneten Konvention bestätigt, in der auch ein Zugang Bulgariens zur Ägäis vorgesehen war.

"Article I, Les Principales Puissances alliés et associées déclarent transférer à la Grèce, qui accepte, tous droits et titres qu'elles tiennent de l'article 48 du traité de paix avec la Bulgarie signé, à Neuilly-sur-Seine le 27 novembre 1919, sur les territoires de la Thrace qui appartenaient à la monarchie bulgare et qui sont visés au dit article. "En vue d'assurer à la Bulgarie le libre accès à la Mer Egée, la liberté du transit lui est reconnue sur les territoires et dans les ports attribués à la Grèce" (art. 4). Dans le port de Dédéagatch, il sera donné à bail à la Bulgarie à perpetuité, si un terme n'est pas fixé par la Société des Nations, un espace qui sera placé sous le régime prévu aux articles II à 14 et qui sera affecté au transit direct des marchandises en provenance ou à destination de cet Etat"[14].

Ost-Thrakien als ehemaliges türkisches Gebiet wurde in dem bekannten, am gleichen Tag (10.8.1920) unterzeichneten Vertrag von Sèvres miteinbezogen, der die Auflösung des Osmanischen Reiches unter den Alliierten regelte. Wie bekannt, wurde der Vertrag von Sèvres in der Folgezeit nicht ratifiziert und der bereits im Mai 1919 begonnene griechisch-türkische Krieg setzte sich fort. Diese Situation zog auch die nicht Ratifizierung der speziellen Konvention über West-Thrakien nach sich, obwohl es dafür kein rechtliches Hindernis gab, zumal diese Konvention nur zwischen Griechenland und den Alliierten unterzeichnet worden war. Angesichts dieses Sachverhalts hielt die bulgarische Bauernregierung Stambolijski (21. Mai 1920 - 9. Juni 1923) die Konvention von Sèvres über West-Thrakien für hinfällig und beabsichtigte die Rückgewinnung dieses Gebiets. Bezüglich des Zugangs Bulgariens

Godišnik na Sofiiskija Universitet "Klimen Ochridski" (69), Istoričeski Fakultet, Sofija 1980, S. 313.

13. R. H. Reiss, *The Comitadji Question in Southern Serbia*, London 1924, S. 33.

14. Zitiert nach N. Moschopoulos, *op. cit.*, S. 466.

zur Ägäis berief sie sich auf den Artikel 48 des Vertrags von Neuilly. Sie wies aber darauf hin, daß dieser Artikel für Bulgarien eine Bedeutung nur dann hätte, wenn das griechische Regime in West-Thrakien abgeschafft werden würde. Bulgarien verstand seinen Zugang zur Ägäis nicht als einen wirtschaftlichen Faktor, wie es in den Friedensverträgen vorgesehen war, sondern als einen territorialen.

Der bulgarische Bauernführer Al. Stambolijski hatte am 6. Oktober eine Koalitionsregierung mit den Narodnijaki und den Progressiv-Liberalen gebildet, die am 21. Mai 1920, nach den Wahlen von 28. März 1920, durch eine reine Bauernregierung abgelöst wurde. Im Vordergrund der Außenpolitik Bulgariens unter Stambolijski standen die Versöhnung mit dem Königsreich der Serben, Kroaten und Slowenen, wofür er den Anspruch Bulgariens auf Makedonien aufzugeben und gegen die I.M.R.O. vorzugehen bereit war, und die langfristige Rückgewinnung West-Thrakiens. Stambolijski hatte im September 1915 den Kriegseintritt Bulgariens an der Seite der Mittelmächte gegen Serbien kritisiert und dafür die Kriegsjahre im Gefängnis verbringen müssen. Dabei glaubte er die Unterstützung der Alliierten für die bulgarischen Forderungen sichern zu können. Oft betonte er, daß seine Regierung eine "Neue Ära" in der Geschichte Bulgariens eröffnet und unter die Vergangenheit einen Schlußstrich gezogen habe. Dieses "Neue Bulgarien" versuchte Stambolijski bei seiner fast hunderttägigen Reise in Europa vom 9. Oktober 1920 bis zum 13. Januar 1921 vorzustellen. Unter Berufung auf seine antideutsche Haltung im Jahre 1915 bemühte er sich dabei, eine günstige Haltung der Entente bei der Behandlung des Zugangs Bulgariens zur Ägäis zu sichern. Die bulgarische Forderung klang in den Gesprächen Stambolijskis mit dem Außenminister Großbrittaniens E. Curzon am 11. Oktober 1920 in London überdeutlich an[15]. Curzon berief sich auf die entsprechenden Bestimmungen des am 10.8.1920 in Sèvres unterzeichneten Konvention über Thrakien, was jedoch Stambolijski kaum zufriedenstellte. Um sich über die griechische Haltung gegenüber dem Zugang Bulgariens zur Ägäis zu vergewissern, ließ Curzon bei der griechischen Regierung anfragen. Venizelos antwortete, er werde einen Besuch Stambolijskis in Athen gutheißen. Dabei werde er Bulgarien einen Zugang zum Hafen von Thessaloniké oder von Alexandroupolis unter den gleichen Bedingungen anbieten, die für die serbische Freihafenzone

15. Bericht Nr. 246, Curzon to Peel (Sofia), Foreign Office, 12.10.1920 (Documents on British Foreign Policy-D.B.F.P., Vol. XII, Nr. 414, S. 488-489).

16. *Ibidem*, S. 489, n. 5.

in Thessaloniké in der griechisch-serbischen Konvention vom 23. Mai 1914 vorgeschrieben seien[16]. Als am 27. Oktober 1920 Stambolijski mit Lloyd George zusammentraf und die Frage wieder anschnitt, gab der englische Ministerpräsident Stambolijski zu verstehen, daß die "Ägäis-Frage" eine Angelegenheit zwischen Griechenland und Bulgarien sei[17]. Während seines Besuchs in Paris im November 1920 bat er den französischen Ministerpräsidenten Legués um die Unterstützung Frankreichs für den Zugang Bulgariens zur Ägäis. Sollte es zu einer Revision des Vertrages von Sèvres kommen, werde Bulgarien eine Okkupation West-Thrakiens durch die Alliierten befürworten, damit sein Zugang zur Ägäis besser garantiert werden könnte[18].

Der Vertrag von Sèvres stellte in der Tat einen diplomatischen Erfolg Englands dar, das durch die territoriale Ausdehnung seines Bundesgenossen, Griechenlands, im östlichen Mittelmeer Oberwasser bekam und über Palästina und Mesopotamien zu den Erdölquellen von Mosul gelangte. Frankreich und Italien waren mit einer solchen Regelung der Orientalischen Frage nicht zufrieden, da Frankreich auf die an England abgetretenen Gebiete spekulierte und französische wirtschaftliche Kreise, die ihr Kapital früher im Osmanischen Reich angelegt hatten, seinen Zerfall befürchteten. Italien seinerseits machte keinen Hehl aus seinen Ansprüchen auf Smyrna.

Diese Interessengegensätze unter den Alliierten führten dazu, daß der Vertrag von Sèvres nicht in Kraft treten konnte. Die Anwendung des Vertrags wurde auch dadurch in Frage gestellt, daß bereits seit dem Sommer 1919 türkische Nationalisten in Anatolien den Kampf gegen die Alliierten aufgenommen hatten und entschlossen waren, die territoriale Integrität Kleinasiens und Ost-Thrakiens zu verteidigen. Zentrum der türkischen Bewegung wurde Ankara, wo eine Regierung unter Kemal Atatürk und eine Nationalversammlung ins Leben gerufen wurden. Die Entente, die mit dem faktisch machtlosen Sultan verhandelte, rechnete nicht mit einem aktiven Widerstand seitens der Türken. Schon im Sommer 1919 wurden zwischen den griechischen Truppen und den türkischen Freischärlern heftige Schlachten geschlagen.

Die Niederlage von Venizelos bei den griechischen Wahlen vom 14. November 1920 und die darauf folgende Rückkehr Konstantins lieferten Frankreich und Italien den Vorwand zu einer inoffiziellen Kündigung des

17. Note of a Conversation between George Lloyd and Stambolijski, London, 27.10. 1920 (D.B.F.P., Vol. VIII, Nr. 93, S. 84).

18. Božinov, *op. cit.*, S. 256.

Vertrags von Sèvres, obwohl die neue griechische Regierung entschlossen war, die Außenpolitik von Venizelos fortzusetzen.

Unter diesen Umständen hegte Bulgarien große Hoffnungen nicht nur auf eine baldige endgültige Aufhebung des Vertrags von Sèvres, sondern darüber hinaus auf eine Revision der Konvention über West-Thrakien. Schon im Januar 1921 teilte der bulgarische Botschafter in London D. Stanciov dem Foreign Office mit, daß im Falle einer Modifikation des Vertrages von Sèvres Kavalla und Alexandroupolis an Bulgarien abgetreten werden sollten[19]. Als Stambolijski in Erfahrung brachte, daß auf einer für Februar 1921 in London anberaumten Konferenz die Besprechung des griechisch-türkischen Konflikts vorgesehen war, glaubte er fest, daß bei dieser Gelegenheit auch die "West-Thrakien-Frage" diskutiert werden könnte, und beeilte sich, seinen Minister für Handel und Industrie R. Daskalov nach London zu schicken, um die bulgarischen Thesen zu propagieren. In einem Brief vom 17. Februar 1921 an L. George, den Vorsitzenden der Konferenz, bat Stambolijski um die Herstellung eines Regimes der Alliierten in West-Thrakien.

"Il n'y a qu'une seule issue de cette situation portant le germe de tant de complications et de dangers; ce sera le retrait du mandat confié à la Grèce et le rétablissement de la situation, comme elle est prévue par l'art, 48 du Traité de Paix de Neuilly; la Thrace Occidentiale doit être placée sous l'égide des Grandes Puissances qui, ensuite, établiront son statut. Sera-t-elle gouvernée par un conseil mixte, par une de ces Puissances ou par un des petits Etats de l'Europe Occidentale-ce sont des questions sur lesquelles la Conférence est uniquement compétente à se prononcer. Seule une telle solution du problème saura établir dans la province un régime de justice, de liberté et de progrès, qui assurera la prospérité de la population et serviva de garantie que la Bulgarie pourra utiliser librement des débouchés à la mer Egée"[20].

Aber London hatte bereits Bulgarien deutlich gemacht, daß keine "Neue Ordnung" für den Balkan geplant sei, selbst wenn eine Revision des Vertrags von Sèvres bezüglich Kleinasiens in Frage käme[21]. Deswegen sah man keinen Grund für die Anwesenheit Daskalovs in London, da auf der Konferenz keine Diskussion über West-Thrakien stattfinden sollte.

Die Konferenz (21. Februar - 14. März 1921) konnte den griechisch-türkischen Konflikt nicht beilegen, aber die diplomatischen Erfolgen, die

19. Bericht Nr. 5, Curzon to Peel (Sofia), Foreign Office, 15.1.1921 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 19, S. 7).

20. Archives du Ministère des Affaires Etrangères (A.M.A.E.) - Z 168-I, Bulgarie, Politique Etrangère, Paris, 7.3.1921, Légation de Bulgarie.

21. A.M.A.E., Z 168-I, Londres, 18.2.1921, Légation de France.

die Türkei erreichte, waren sehr wichtig für den Verlauf des türkischen Kampfes und stießen in Sofia auf positives Echo.

Am 9. März 1921 schloß Frankreich mit dem kemalistischen Vertreter auf der Konferenz, Bekir Sami, ein Abkommen ab, dem zufolge Frankreich sich verpflichtete, seine Truppen aus Kilikien abzuziehen. Als Gegenleistung dafür erhielt Frankreich gewisse ökonomische Privilegien in Kleinasien. Am 13. März 1921 wurde ein ähnliches Abkommen mit Italien abgeschlossen. Obwohl die beiden Abkommen von der Nationalversammlung in Ankara nicht ratifiziert wurden, weil man sich auf die traditionelle osmanische Politik der Kapitulationen nicht einlassen wollte, sind sie ein Indiz dafür, daß Frankreich und Italien an der Anwendung des Vertrags von Sèvres nicht interessiert waren und daß der Weg zu weiteren Verhandlungen mit Atatürk geebnet worden war, was für die Türkei die Überwindung ihrer Isolierung bedeutete.

Von großer Bedeutung für den türkischen Kampf war auch das am 16. März 1921 unterzeichnete sowjetrussisch-türkische Freundschaftsabkommen. Sowjetrußland sympathisierte mit dem Kampf der Türken und kam ihnen zu Hilfe, da es einen Sieg der Türkei gleichzeitig als einen Sieg über die Westmächte betrachtete.

Die diplomatischen Erfolge und der Widerstand der Türken beeindruckten die bulgarische Regierung, die sich jetzt entschied, den türkischen Kampf zu unterstützen. Sofia ging davon aus, daß ein Sieg der Türkei den Status quo auf dem Balkan verändern würde, was wiederum zur Vereinigung West-Thrakiens mit Bulgarien führen könnte.

In den Monaten März-April 1921 strömten kemalistische Emissäre ganz ungehindert in Bulgarien ein, wo sie mit dem bulgarisch-thrakischen Komitee und der I.M.R.O. gemeinsame Aktionen in Thrakien koordinierten. In den Monaten Mai-Juni 1921 erschienen auch sowjetische Agenten in Bulgarien, die in Verbindung mit den türkischen Nationalisten und den verschiedenen Komitees Bulgariens standen. Bei einigen Treffen in Stara Zagora zwischen sowjetischen Agenten, kemalistischen Vertretern, Vertretern der I.M.R.O. und des bulgarisch-thrakischen Komitees wurde erneut die Aufnahme eines gemeinsamen Kampfes gegen die Griechen in Thrakien besprochen[22].

Die bulgarische Regierung tolerierte nicht nur diese Tätigkeit der kemalistischen Emissäre in Bulgarien, sondern nahm auch Kontakte mit dem kemalistischen Vertreter in Sofia, dem Obersten Cevad Abbas, auf. Am 14. April

22. Bericht Nr. 228, Peel (Sofia) to Curzon, Sofia, 21.6.1921 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 186, S. 233). Auch A.Y.E., 1921, A/5 (25), Konstantinopel, 30.6.1921.

1921 traf er mit Stambolijski zusammen[23]. Einzelheiten der diskutierten Themen sind nicht bekannt, man muß aber annehmen, daß der Türke keinesfalls bereit war, auf Ost-Thrakien einschließlich Adrianopels zu verzichten. Dies löste jedoch keine herbe Enttäuschung bei der bulgarischen Regierung aus, die soweit ging, mit der Regierung in Ankara Verbindungen anzuknüpfen. Im Mai 1921 brach eine aus Angel Grozkov, einem Abgeordneten des Parlaments, Grigor Pisarev, einem Gendarmerieadjutanten und Paskal Enčev, einem Kaufmann, bestehende bulgarische Delegation über Konstantinopel nach Ankara auf, wo sie mit Kemal Atatürk und Ismet-Pasa verhandeln sollte. Wichtige Punkte der Gespräche waren die bulgarische Bereitschaft, den Kampf der Türken zu unterstützen, und die dafür verlangte Gegenleistung, daß die Türkei nicht Griechenland, sondern Bulgarien als ihren westlichen Nachbar bevorzugen müsse[24].

Trotz aller von der bulgarischen Regierung unternommenen Versuche, die Reise nach Ankara geheimzuhalten, gelang dies nicht. Griechenland erfuhr durch seinen diplomatischen Dienst und sein Spionagenetz von der Ankunft und dem Aufenthalt der bulgarischen Delegation in Ankara und legte Protest bei der bulgarischen Regierung ein[25]. Auch der englische Botschafter in Sofia A. Peel wurde am 15. Juni 1921 vom Botschafter Jugoslawiens M. Rakić über die türkisch-bulgarischen Kontakte informiert[26] und protestierte anschließend beim König Boris und Stambolijski[27]. Angesichts der französischen Orientpolitik legte Peel den Verdacht, daß Frankreich hinter den ganzen Affären stecke. Der Verdacht wurde bekräftigt durch frühere probulgarische Äußerungen des französischen Botschafters G. Picots, "Frankreich wolle, solange Rußland als der mächtige Beschützer Bulgariens ausgeschaltet sei, in dieser Rolle an dessen Stelle treten"[28]. Dies wurde von der englischen

23. Bericht Nr. 195, Peel (Sofia) to Curzon, Sofia, 26.5.1921 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 154, S. 188, n. 7).

24. S. Velikov, *Kemaliskata revoljucia i bălgarskata obštestvenost (1918-1922)*, Sofija 1966, S. 71.

25. A.Y.E., 1921, A/5/XII (2), Nr. 3286, Sofia, 23.6.1921, Griechische Botschaft an das Außenministerium.

26. Bericht Nr. 181, Peel (Sofia) to Curzon, 16.6.1921 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 224, S. 218-220).

27. Bericht Nr. 186, Peel (Sofia) to Curzon, Sofia, 21.6.1921 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 228, S. 227-228) und Bericht Nr. 205, Peel (Sofia) to Curzon, Sofia, 29.6.1921 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 238, S. 258-259).

28. P.A.A.A. (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes), Pol. Abt. II, Politische Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien, Bd. 1, X. 1920-IX. 1924, Nr. 561, Belgrad, 24.5.1921, Deutsche Botschaft an das Auswärtige Amt.

Diplomatie dahingehend interpretiert, Frankreich favorisiere die Abtretung West-Thrakiens an Bulgarien. G. Picot muß schon im Mai 1921 über die Reise der bulgarischen Delegation nach Konstantinopel informiert worden sein, weil das bulgarische Außenministerium den Antrag auf die Gewährung des Visums an das französische Informationsbüro in Sofia gestellt hatte. Die Reise sollte "pour affaires de service" unternommen werden[29]. Als im Juni Gerüchte über die Weiterreise der bulgarischen Delegation nach Ankara kursierten, fragte Picot Stambolijski, ob dies der Wahrheit entspreche. Stambolijski versicherte Picot, das sich Grozkov und Pisarev nur in Konstantinopel aufhalten werden[30]. Da aber das Geheimnis über die Weiterreise nach Ankara entdeckt worden war, beielte sich Stambolijski in einer Rede im Parlament am 6. Juli zu erklären, daß seine Regierung weder mit Kemalisten noch mit Moskau in Verbindung stehe. Bulgarische Delegierte seien zwar nach Ankara gekommen, sie hätten jedoch keinen offiziellen Auftrag dafür erhalten[31]. Seinen Erklärungen konnte man aber kaum Glauben schenken. Als auch die bulgarische Presse von der Reise Grozkovs und Pisarevs nach Ankara berichtete, vergewisserte sich Picot über die Unzuverlässigkeit des bulgarischen Ministerpräsidenten, der sich wiederholt auf die strikte Erfüllung der Friedensverträge berief, in der Tat jedoch auf ihre Revision hinarbeitete. Die Unglaubwürdigkeit Stambolijskis offenbarte sich, als er am 20. Juli den Großmächten ein Memorandum über seine Politik überreichte, in dem er zwar offizielle bulgarisch-türkische Kontakte in Abrede stellte und die Loyalität Bulgariens betonte, Thrakien aber als "région contesté" betrachtete.

"Et quant à la question de notre débouché sur la mer Egée, nous nous basons sur les stipulations de l'art. 48 du Traité de Paix. Voisi bientôt un an que ce traité à été mis en vigueur et la Bulgarie n'a pas encore son accès économique promis et garanti par les Principales Puissances Alliées et Associées. Sous le terme de "*région contesté*" nous entendons la Thrace Orientale et Occidentale, à travers laquelle doit passer notre accès à la mer Egée. Notre appel, aussi bien écrit qu'oral aux principales Puissances Alliées et Associées, est le suivant: Lorsque viendra de nouveau en discussion le problème du sort de la Thrace, de cette Thrace que nous avons cédée aux Grandes Puissances, qu'on n'oublie pas les stipulations de l'article 48 du Traité de

29. A.M.A.E., Z 168-I, Sofia, 17.5.1921, Ministère des affaires étrangères et des cultes au bureau francais de renseignements.

30. A.M.A.E., Z 168-I, Sofia, 13.7.1921, Nr. 115, Picot à Briand.

31. Bericht Nr. 254, Peel (Sofia) to Curzon, Sofia, 7.7.1921 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 217, S. 273).

Neuilly, de ce Traité que nous continuons d'éxécuter. L'état de stagnation de notre vie économique et commerciale est dû notamment à l'absence de cet accès à la mer Egée"[32].

Auf die englische Anregung hin verfaßten die Alliierten eine gemeinsame Protestnote, die am 22. Juli der bulgarischen Regierung zugestellt wurde[33]. Das gemeinsame Vorgehen der Alliierten ist ein Zeichen dafür, daß Frankreich und Italien, anders als im Falle Kleinasiens, bei der Regelung europäischer Fragen im Einvernehmen mit England handeln wollten. Das Ergebnis dieser bulgarisch-türkischen Kontakte war eine zunehmende Aktivität bulgarischer und türkischer Freischärler im Sommer 1921 in Ost-Thrakien, als die griechische Armee in Kleinasien eine großangelegte Offensive gestartet hatte und auf dem Weg nach Ankara war.

Die griechische Offensive im Sommer 1921 führte zwar zur Okkupation von Eski-Sehir und Kjutachia, nicht aber zur Eroberung Ankaras, des Zentrums der kemalistischen Bewegung, so daß sich die Front in Kleinasien stabilisierte. Dies veranlaßte die französische Regierung Briand, sich mit den Türken zu arrangieren[34].

Am 20. Oktober 1921 unterzeichnete Frankreich mit der Regierung von Ankara endgültig ein Abkommen über die Aufhebung des Kriegszustandes zwischen den beiden Ländern, den Gefangenenaustausch und die Abgrenzung Kilikiens und Syriens. Frankreich erhielt gewisse ökonomische Privilegien in Kleinasien, wenn auch nicht in einem solchen Ausmaße, wie im Abkommen vom 9. März 1921 vorgesehen war.

In Bulgarien lebte die Hoffnung wieder auf, daß Frankreich jetzt Bulgarien unterstützen könnte, einen Zugang zur Ägäis zu erreichen[35]. Im Hinblick auf diese Entwicklung der Orientalischen Frage erklärte sich Stambolijski bereit, die Türkei ohne Vorbehalt zu unterstützen. Der kemalistische Emissär Fuad Bey konnte sich im Herbst-Winter 1921/22 ohne Einschränkungen in Bulgarien bewegen, wo er Kontakte mit der I.M.R.O., dem bulgarisch-thrakischen Komitee und den Moslems Bulgariens unterhielt. Er benutzte diesen Staat als Transitland bei seinen gegen Griechenland gerichteten Aktionen. Ziel der Begegnungen mit den Komitees Bulgariens was es, im

32. A.M.A.E., Z 168-I, Sofia, 20.7.1921, Nr. 1314, Légation de France en Bulgarie.

33. Bericht Nr. 265, Peel (Sofia) to Curzon, Sofia, 19.7.1921 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 239, Memorandum-Enclosure in Nr. 239, S. 295).

34. Γ. Μουρέλος, «Η Γαλλοτουρκική προσέγγιση του 1921. Το σύμφωνο Franklin-Bouillon και η εκκένωση της Κιλικίας», in *Δελτίο Κέντρου Μικρασιατικών Σπουδών* V (1983), S. 241.

35. *L'Echo de Bulgarie*, 14.12.1921, "France et Bulgarie".

griechischen Teil Makedoniens und in Thrakien durch die Sprengung von Brücken und die Zerstörung von Bahnhöfen[36] eine verworrene Lage zu stiften, um den Griechen in Kleinasien Schwierigkeiten zu bereiten und sie zur Räumung Anatoliens zu zwingen. Die auf West-Thrakien spekulierende bulgarische Regierung betrachtete diesen Sachverhalt mit gewisser Genugtuung, deswegen blieben alle englischen Protestschritte bei der Regierung Stambolijski, Fuad Bey aus Bulgarien auszuweisen, ohne Wirkung[37]. Einigen Informationen zufolge hatte die Regierung Stambolijski Fuad Bey ihren Schutz versprochen, aber unter der Voraussetzung, daß er auf die Autonomie West-Thrakiens hinarbeiten sollte. In Januar 1922 brachen D. Ačkov und P. Monev, Mitglieder der I.M.R.O., nach Ankara auf, um von Mustafa Pasa militärische und politische Informationen zu beziehen[38]. Die Koordinierung gemeinsamer bulgarisch-türkischer Aktionen in Thrakien wurde in einem zwischen der bulgarischen Regierung und der Regierung von Ankara am 10. März unterzeichneten Abkommen festgelegt. Die wichtigsten Punkte waren die folgenden:

"1. Les gouvernements de Sofia et d'Angora s'engagent à maintenir le status-quo territorial de la Thrace d'avant-guerre.

2. Les deux gouvernements s'engagent à fomenter des troubles en Thrace et en Macédoine jusqu'à la réalisation compléte de leurs aspirations.

3. Le gouvernement bulgare consent à remettre à la disposition du gouvernment d'Angora tout le matériel de guerre non déclaré et se trouvant dans les dèpôts de Varna et de ses environs.

4. Le gouvernement d'Angora aura le droit d'engager parmi les musulmans de la Bulgare des volontaires pour les faire diriger sur le front d'Anatolie.

5. Des agents kèmalistes, civils et militaires, auront libre circulation sur la frontière hellénique pour recueillir des informations concernant la Thrace et la Grèce et les faire parvenir au gouvernement d'Angora.

6. Sept organisations de comitadjis bulgares créeront des agissements

36. A.Y.E., 1922, A/5/XII (2, b), Telegramm Nr. 568, Sofia, 27.1.1922, Griechische Botschaft an das Außenministerium.

37. Telegramm Nr. 154, Erskine (Sofia) to Curzon, Sofia, 22.11.1921 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 533. S. 589) - Telegramm Nr. 168, Erskine to Curzon, Sofia 29.12.1921 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 593, S. 645) - Telegramm Nr. 7, Erskine to Curzon, Sofia, 25.1.1922 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 20, S. 137-138) - Telegramm Nr. 44, Erskine to Curzon, Sofia, 3.2.1922 (D.B.F.P., Vol. XXII, Nr. 25, S. 143-144).

38. S.I.S. (Secret Intelligence Service) Report, Central European Summary: The Balkans - Bulgarian-Macedonian Revolutionaries and the Kemalists: Protogheroff's view of Atchkoff's visit to Angora, London, 22.5.1922 (PRO FO 371, Vol. 7575, Nr. 690).

dans le vilayet d'Andrianople d'accord avec le délégue kémaliste de Bulgarie.

7. Aus cas où les turcs-bulgares ne pourraient pas déloger les grecs de la Thrace, une armée dite "Armée de la Thrace" sera formée pour occuper la Thrace et déclarer son autonomie.

8. Au moment de la reprise des opérations militaires en Anatolie les comitadjis bulgares, renforcés par des réguliers de la armée bulgare, tenteront de franchir la frontiére hellénique de la Thrace"[39].

In der zweiten Märzhälfte 1922 fand in Paris eine Konferenz der Alliierten für die Beilegung des griechisch-türkischen Konflikts statt. Die Vorschläge der Alliierten sahen die Räumung Kleinasiens von den griechischen Truppen und die Abtretung des größten Teils Ost-Thrakiens an Griechenland vor, was für Griechenland im Prinzip diskutabel war. Die Konferenz scheiterte aber daran, daß die Türken, ohne klare Stellung zu den Vorschlägen der Alliierten einzunehmen, den völligen Abzug der Griechen aus Anatolien im voraus verlangten. Über West-Thrakien wurde auf der Konferenz kaum diskutiert, weil eine solche Frage für die Alliierten nicht existierte. Es gab nur eine Ost-Thrakien-Frage im Kontext des griechisch-türkischen Konfliktes und der geplanten Neuen Ordnung, weil dieses Gebiet nach dem Zweiten Balkankrieg auf das Osmanische Reich entfiel.

Yusuf Kemal, der kemalistische Vertreter auf der Konferenz und Beauftragte für auswärtige Angelegenheiten bei der Regierung in Ankara, legte auf seine Rückkehr in die Türkei einen Zwischenaufenthalt in Sofia ein. Er wurde von der Regierung Stambolijski sehr freundlich aufgenommen. Für die "Thrakien-Frage" schlug er zwei Lösungsmöglichkeiten vor: entweder Autonomie ganz Thrakiens oder Abtretung West-Thrakiens an Bulgarien und Ost-Thrakiens an die Türkei[40]. Die erste Lösungsmöglichkeit, die vor allem die bulgarisch-thrakische Organisation[41] und die I.M.R.O.[42] befür-

39. A.Y.E., 1922, A/ 5/VI, Nr. 456, Konstantinopel, 16.7.1922, Griechische Diplomatische Vertretung an das Außenministerium. Dieses Abkommen, übersetzt aus dem Türkischen ins Französiche, wurde der griechischen Regierung von französischen diplomatischen Kreisen in Konstantinopel zugänglich gemacht. An seiner Authenzität ist nicht zu zweifeln.

40. St. Trifonov, *Bălgarskoto nacionalno-osvoboditelno dviženie v Trakija 1919-1934*, Sofija 1988, S. 91.

41. S.I.S. Report, Central European Summary: The Balkans - The Bulgarian - Thrakian Committees and the Kemalists, London, 22.5.1922 (PRO FO 371, Vol. 7575, Nr. 690).

42. S.I.S. Report, Central European Summary: The Balkans-Macedonian Revolutionaries and the Kemalists, London, 7.6.1922 (PRO FO 371, Vol. 7575, Nr. 708) "...The Macedonian leaders are convinced that the Kemalists are resolved at all costs to recapture Thrace for Turkey as far as the Maritza river, even if they may reluctantly agree eventually

worteten, entsprach auch den maximalen Forderungen der bulgarischen Regierung. Aber solange der griechisch-türkische Krieg andauerte und Ankara und Sofia sich darin einig waren, daß die Griechen aus Kleinasien und Thrakien verdrängt werden sollten, überlagerte dieses gemeinsame Anliegen eventuelle latente Differenzen bezüglich einer Regelung des "Thrakiens-Problems" als Ganzes. Um diese Kooperation nicht zu belasten mußten die Kemalisten aus taktischen Gründen von der Möglichkeit der Herstellung eines autonomen Regimes in ganz Thrakien sprechen, obwohl sie in der Tat eine solche Autonomielösung sabotierten.

Auf der Genueser Wirtschaftskonference (10. April - 19. Mai 1922) bemühte sich die bulgarische Delegation um eine Erörterung der Frage des Zugangs Bulgariens zur Ägäis. Am 16. Mai richtete Stambolijski einen Brief an die Teilnehmerstaaten, in dem es unter anderem hieß: "...An economic outlet for Bulgaria through Greek territory would be like a bare hand streched out in the middle of a wasps' nest. Even if exports were carried out by air, they would still be subject to considerable danger. ... We are asking for the application of article 48 of the Treaty of Neuilly. We are asking for an outlet on the Egean Sea, which has been promised and is absolutely essential to us. It will only be effective if we can approach it through our territory, or through an autonomous, international or neutralised territory. It will allow the local population, of which the great majority is Bulgarian and Turkish, while the minority only is Greek, to live and breathe freely and independently"[43].

Aber die Alliierten ließen die bulgarischen Forderungen unberücksichtig. Ihr Mißtrauen gegenüber Bulgarien wurde durch die häufigen Kontakte Stambolijskis zu der sowjetrussischen Delegation zusätzlich verstärkt. Auch die Balkanstaaten protestierten bei Stambolijski gegen die zunehmende Tätigkeit der I.M.R.O. im jugoslawischen Teil Makedoniens, der Dobrudžanischen Organisation in der Dobrudža und des bulgarisch-thrakischen Komitees in Thrakien. Nach dem Abschluß der Konferenz richtete der rumänische Außenminister I. Cheorghe Duca im Namen Griechenlands, Bulgariens und Jugoslawiens an die bulgarische Botschaft in Bukarest die folgende Protestnote.

to the internationalisation of the Straits. The Macedonians on the other hand, in accordance with their views concerning the establishment of a confederation of autonomous or independent Balkan States, are strongly opposed to any other concessions to the Turks than a slight alteration of the present frontier of an autonomous Thracian state consisting of both the Eastern and Western divisions of that province...".

43. Letter of M. Stambolijski to the International Economic Conference of Genoa, Nervi, May 16, 1922 (D.B.F.P., Vol. XIX, Nr. 135, Annex I, S. 948-949).

"Depuis longtemps des bandes bulgares se livrent à des incursions sur les territoires grec, serbe et roumain et les Gouvernements d'Athènes, de Belgrade et de Bucarest n'ont pas manqué d'adresser au Gouvernement Bulgare d'inombrables réclamations et de justes protestations.

Malheureusement toutes ces démarches ont été vaines.

Non seulement que ces incursions n'ont pas cessé, mais, depuis quelque temps, elles sont devenues de plus en plus fréquentes et ont pris un caractère des plus graves.

Cette situation ne saurait se prolonger.

Nous avons été sollicités par le Gouvernement des Serbes, Croates et Slovénes et par le Gouvernement Hellénique de faire une démarche comminatoire auprés du Gouvernement Bulgare afin de faire cesser sans retard cet état de choses.

C'est pourquoi je viens vous prier de faire savoir à Sofia qu'il y a lieu à ce que le Gouvernement bulgare se décide à prendre cette question trés sérieusement en considération afin de rendre possible de la part des trois pays le maintien des rapports de bon voisinage avec la Bulgarie"[44].

Diese Note stellte die Regierung Stambolijski als Kriegsdrohung hin und richtete am 17. Juni 1922 eine Eingabe an den Völkerbund, in dem sie um die Entsendung einer internationalen Untersuchingskommission nach Bulgarien ersuchte. In der Tat zielte Bulgarien durch die Anrufung des Völkerbundes auf die Internationalisierung seiner nationalen Probleme ab.

Der bulgarische Appell an den Völkerbund sollte auf der neunzehnten Sitzung des Völkerbundes, die für den Zeitraum 17.-24. Juli 1922 in London anberaumt wurde, diskutiert werden. Am 12. Juli 1922 verfaßte das Foreign Office eine Note, in der der Standpunkt der britischen Regierung dargelegt wurde. Nach dieser Anweisung sollten sich die beiden britischen Vertreter auf der Sitzung des Rates des Völkerbundes, Lord Balfour und H. A. L. Fischer, verhalten.

Das Foreign Office war in Details informiert über die Toleranz der bulgarischen Regierung gegenüber der Aufstellung von Četnici-Gruppen auf bulgarischem Boden und über die Versuche Bulgariens, den Friedensvertrag von Neuilly zu revidieren. Die angesichts des griechisch-türkischen Krieges entstandenen bulgarischen Hoffnungen auf die Rückgewinnung West-Thrakiens und die daher von der bulgarischen Regierung begünstigten Terroraktionen in Thrakien setzten eine Bewegungsfreiheit der I.M.R.O. in Bulgarien

44. A.Y.E., 1922, A/5/XII (2, b), Nr. 3133, Sofia, 16.6.1922, Griechische Botschaft an das Außenministerium.

voraus. Daher müßte man die Behauptung, die bulgarische Regierung habe mit den verschiedenen Komitees nichts zu tun, in Abrede stellen.

"It is well-known, however, that the strings of all these movements are gathered into the hands of the Thracian, Macedonian und Dobrudja committees, whose leaders are perfectly well known and could be arrested had the government of M. Stambolijski the desire or the courage to do so. The have not the desire. We have ourselves for months been endeavouring to obtain the expulsion of a certain Fuad Bey, who is organizing comitadji raids in Thrace; whenever we make representations we are told that strict orders have been given for his immediate arrest and on every occasion a telegram from Fuad has reached us from our secret sources about three weeks later, in which he informs his superiors at Angora how splendidly his organization is proceeding. It is difficult, of course, to bring such matters home to M. Stambolijsky since the sources of our information cannot be quoted. The most that might openly be said to M. Stambolijsky is that although there may be some excuse for his being unable to cope withe the comitadjis on the frontier, yet he has taken no serious steps against the comitadji organizations in the interior of his own country"[45].

In der vorgeschlagenen "Draft-Resolution" hieß es:

"The Council of the League of Nations are of the opinion that a request should be addressed to the governments of Jugoslawia, Greece and Roumania, not to take any punitive action against Bulgaria without affording the Council of the League of Nations an opportunity to examine the question and to see whether a solution cannot be reached by other than forcible means; the Council also feel that, as the facts of the case are not in dispute, the despatch of a commission of enquiry to the spot is not necessary and they consider that the Bulgarian Government be adviced, if they in fact desire such disturbances to cease, to exert energy not only on their frontiers but in regard to the several committees and organizations which are well known to exist in the interior of the country and by whom these raids and disturbances are organized and directed"[46].

Der englische Standpunkt setzte sich durch. Am 19. Juli 1922 beschloß der Rat des Völkerbundes, daß die Balkanstaaten selbst ihre Streitigkeiten beilegen sollten. Er erklärte sich bereit, einzugreiten, wenn die diesbezüglichen

45. Note prepared in the Foreign Office for information of the British representative at forthcoming meeting of the Council of the League of Nations, Foreign Office, 12.7.1922 (D.B.F.P., Vol. XXIV, Nr. 111, S. 276-277).

46. *Ibidem*, S. 278-279.

Verhandlungen scheitern sollten[47]. Doch zeigte Bulgarien im Juli-August keine Bereitschaft, mit den anderen Balkanstaaten eine gemeinsame Basis zur Bekämpfung der Komitatschibanden zu finden. Mit dem Ausgang des griechisch-türkischen Krieges in Kleinasien verlor die Angelegenheit an Aktualität, weil dadurch eine neue politische Situation entstand, die die Aufmerksamkeit aller Balkanstaaten in Anspruch nahm. Von jetzt an setzte die "heiße Phase" des Kampfes Bulgariens um den territorialen Zugang zur Ägäis ein.

Am 26. August 1922 ergriffen die Türken die Initiative und durchstießen die swache Frontlinie auf einer Breite von etwa 36 km mit der Folge, daß die gesamte Front zusammenbrach. Die griechischen Truppen traten überall den Rückzug an und mußten schließlich ganz Kleinasien räumen. Ein trostloser Flüchtlingszug griechischer Familien, die vor den Grausamkeiten der Türken flohen, begleitete sie. Mehrere tausend Griechen wurden massakriert. Die Stadt Smyrna wurde am 9. September 1922 in Brand gesetzt.

Nach dem Rückzug der griechischen Streitkräfte aus Kleinasien riefen einige Offiziere, die mit Teilen ihrer Truppen nach Chios und Lesbos übergesetzt waren, unter der Führung von Nikolaos Plastiras und Stylianos Gonatas, empört über die Urheber der Katastrophe, die Revolution aus und zwangen König Konstantin zum Verlassen des Landes. In ihrer Verlautbarung vom 25. September 1922 versprachen die Offiziere, Griechenland ehrenhaft und provisorisch zu regieren und dafür zu sorgen, daß diese Übergangsphase so schnell wie möglich beendet werde. Die Regierungsmitglieder wurden verhaftet und vor ein Militärgericht gestellt. Als Verantwortliche für die Katastrophe wurden sie vom Kriegsrat zum Tode verurteilt. Exekutiert wurden Ministerpräsident Petros Protopapadakés, Démétrios Gounarés und drei weitere Minister sowie der Oberbefehlshaber der Armee Georgios Chatzianestés.

Der Ausgang des griechisch-türkischen Konflikts stellte für Frankreich und Italien keine Überraschung dar, er war im Gegenteil die erwünschte Lösung. Beide Mächte waren bereit, den Türken den ungeteilten Besitzt von ganz Kleinasien und die Rückgabe von Ost-Thrakien zuzuerkennen. England jedoch, das sich für die Freiheit der Meerengen sorgte, war Anfang September 1922 entschlossen, der Türken den Weg nach Europa zu versperren. Englische und türkische Truppen standen sich auf der europäischen und der asiatischen

47. A.Y.E., 1922, A/5/XII (2, b), Genf, 10.8.1922, Völkerbund and das griechische Außenministerium.

Küste Stirn an Stirn gegenüber. Im Verlaufe des Septembers 1922 wurden am Quai d'Orsay hartnäckige Verhandlungen zwischen den Alliierten geführt, um eine Kompromißlösung zu erreichen. Frankreich erklärte sich bereit, dem von England gewünschten internationalen Meerengenschutz zuzustimmen, falls England den türkischen Wünschen in Ost-Thrakien Verständnis entgegenbringen sollte. Gleichzeitig erklärte die türkische Regierung, eine Meerengefrage bestehe nicht, da die Regierung der großen türkischen Nationalsammlung vor zwei Jahren im Nationalpakt festgelegt habe, daß sie den Grundsatz der Freiheit der Meerengen annehme und bereit sei, die Einzelheiten dieses Grundsatzes zu erörtern. Am 21. September 1922 zogen Frankreich und Italien ihre Truppen aus Canak ab. England mußte nachgeben, da sich seine harte Haltung gegenüber der Türkei als sinnlos erwies. Am 23. September 1922 erklärten die Alliierten in voller Einstimmigkeit, sie hätten Kenntnis davon genommen, daß die Türkei den Wunsch habe, Thrakien bis Evros (Maritza) und Adrianopel wieder zu erwerben. Unter der Bedingung, daß die Ankararegierung ihre Truppen nicht im Verlaufe der Friedensverhandlungen in die Zone einmarschieren lasse, die von den Alliierten als provisorisch neutral erklärt worden sei, würden die drei Regierungen den Wunsch der Türkei nach den obengenannten Grenzen unterstützen. Am 25. September 1922 erklärte der englische Ministerpräsident Lloyd George, man müsse für die Freiheit der Meerengen kämpfen, aber England führe keinen Kampf für die Souveränität Ost-Thrakiens. Am 11. Oktobere 1922 wurde das Abkommen von Mudania unterzeichnet. Die griechischen Truppen sollten in 14 Tagen Ost-Thrakien räumen und die griechischen Zivilbehörden einschließlich der Gendarmerie sich so schnell wie möglich zurückziehen. Nach dem Rückzug der griechischen Behörden sollte die Zivilverwaltung alliierten Behörden und anschließend türkischen Behörden übertragen werden. Die Zivilverwaltung der Regierung von Ankara könnte von Gendarmerietruppen begleitet werden und zwar in einer Stärke, die nötig wäre, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Regierung von Ankara verpflichtete sich, keinerlei Truppen nach Ost-Thrakien bis zur Ratifizierung des Friedens zu senden. Damit wurde das Schiscksal Ost-Thrakiens endgültig bestätigt.

Angesichts der Niederlage Griechenlands intensivierte die bulgarische Regierung ihre Anstrengungen, den Zugang zur Ägäis zu erreichen. Am 19. September gab die Regierung Stambolijski offiziel ihren Standpunkt in der "Thrakischen Frage" bekannt. Bulgarien forderte einen freien Zugang zur Ägäis, die Repatriierung der bulgarischen Flüchtlinge aus Thrakien und vor allem die Herstellung eines autonomen Regimes sowohl in West-Thrakien als auch in Ost-Thrakien, die unter dem Protectorat des Völkerbundes zu

vereinigen wären[48]. Diese maximalen Forderungen der bulgarischen Regierung führten bald zu einer gewissen Abkühlung in den Beziehungen zwischen Sofia und Ankara[49]. Ankara machte es klar, daß eine Diskussion über die Autonomie ganz Thrakiens kaum in Frage käme. Sie war ferner kaum bereit, bulgarische Flüchtlinge aus Ost-Thrakien aufzunehmen. Allmählich wuchs in den türkischen Regierungskreisen ein Mißtrauen gegenüber Bulgarien. Man dürfte in Ankara wohl erwogen haben, daß eine eventuelle Festsetzung Bulgariens in West-Thrakien eine potentielle Gefahr für die türkische Souveränität über Ost-Thrakien bedeutete. Dies hinderte aber beide Länder nicht daran, eine bulgarisch-türkische-četnici Kooperation in West-Thrakien zu favorisieren, sofern sich diese gegen Griechenland richtete. Anfang November 1922 riefen türkische und bulgarische Freischärler eine "Innere Thrakische Revolutionäre Organisation" ins Leben mit dem Ziel, der griechischen Armee in West-Thrakien Rückschläge[50] zuzufügen. Im Herbst/Winter 1922/1923 stiftete diese Organisation eine Reihe von Turbulenzen in West-Thrakien an.

Der Ausgang des griechisch-türkisches Krieges war weder für Jugoslawien noch für Rumänien die erwünschte Lösung. Jugoslawien befürchtete den Einfluß der siegreichen Türkei, die nach Europa zurückkehren konnte, auf die Muslime Jugoslawiens. Rumänien sah in dem türkischen Sieg eine Verstärkung Sowjetrußlands, seines Hauptfeindes in der Zwischenkriegszeit. Beide Länder mußten sich jedoch nach dem französischen Standpunkt zur Orientalischen Frage richten und sich auf die neuen Verhältnisse einstellen. Besonders Jugoslawien neigte jetzt dazu, seine Beziehungen zu Bulgarien zu normalisieren. Dazu trug auch die Machtergreifung Mussolinis am 28.10.1922 in Italien bei. In Belgrad rechnete man mit einer härteren Haltung Italiens gegenüber Jugoslawien bezüglich der strittigen Fragen in der Adria und wollte sich im Osten den Rücken freihalten. Als im Oktober 1922 Stambolijski den Wunsch äußerte, Bukarest und Belgrad offiziell zu besuchen, hatten beide Länder nichts dagegen einzuwenden. Hauptziel der Besuche Stambolijskis war es, Rumänien und Jugoslawien dafür zu gewinnen, sich auf der bevorstehenden Friedenskonferenz für den Zugang Bulgariens zur Ägäis einzusetzen.

Am 4. November 1922 stattete Stambolijski Bukarest einen Besuch ab, wo er mit dem rumänischen Außenminister I. G. Duca Gespräche führte. Stambolijski bat um die rumänische diplomatische Unterstützung auf der

48. *Neue Freie Presse*, 14.10.1922.
49. Vgl. Trifonov, *Bălgarskoto nacionalno...*, S. 95-96.
50. *Ibidem*, S. 102.

Lausanner Konferenz für einen Zugang Bulgariens zur Ägäis und für die Autonomie West-Thrakiens. Duca antwortete, Rumänien favorisiere in Prinzip einen Zugang Bulgariens zur Ägäis, aber für das künftige Regime in West-Thrakien werde es sich jedoch nach dem Standpunkt der Großmächte richten. Vergeblich versuchte Stambolijski die rumänische Führung davon zu überzeugen, daß seine Regierung weder mit den Kemalisten noch mit Moskau verbunden sei[51].

Während Stambolijski in Bukarest weilte, besuchte der griechische Außenminister N. Polités Belgrad, um sich über die jugoslawische Haltung auf der Lausanner Konferenz zu vergewissern. Am 5. November 1922 wurde er von Pasić und Nincić empfangen. Polités bat die jugoslawische Führung um diplomatische Unterstützung für das Verbleiben West-Thrakiens bei Griechenland und schilderte die Gefahr, die Griechenland seitens Bulgariens und der Türkei drohte. Pasić und Nincić erklärten sich zur Unterstützung Griechenlands auf der Konferenz bereit, falls das Verbleiben West-Thrakiens bei Griechenland in Frage gestellt werden würde[52].

Polités erklärte die Bereitschaft Griechenlands, Bulgarien den Handelszugang zur Ägäis gemäß Artikel 48 des Friedensvertrags von Neuilly zu gewähren. Dieser Zugang brauche nach griechischer Auffassung keineswegs in einei Gebietsabtretung zu bestehen, sondern es genüge, wenn Bulgarien gewisse auf dem Gebiet des neuen Eisenbahn-und Hafenverkehrs gelegene Erleichterunten geschaffen würden, die es Bulgarien praktisch ermöglichten, an den für den Seeverkehr doch nur sehr beschränkt brauchbaren Hafen von Alexandroupolis zu gelangen. Andere Punkte der Diskussion waren eine grundsätzliche Abmachung über den Abschluß eines Handelsvertrages sowie die Regelung der serbischen Freihafenzone in Thessaloniké. Die jugoslawische Regierung sollte zunächst Vorschläge über die zu regelnden Punkte bezüglich des Handelsvertrages und der Freihafenzone in Athen vorlegen[53]. Griechenland war entschlossen, Jugoslawien eine Freihafenzone in Thessaloniké und Bulgarien einen Zugang zur Ägäis zu gewähren, um der gegen Griechenland gerichteten Außenpolitik Stambolijskis den Boden zu entziehen.

Nach der Abreise des griechischen Außenministers bereitete man sich in Belgrad auf den Empfang Stambolijskis vor. Am 9. November, auf dem Wege nach Lausanne, traf Stambolijski in Belgrad ein. Am gleichen Tag wurde

51. A.M.A.E., Z 168-I, Nr. 257, Bucarest, 9.11.1922, Légation de la République Francaişe au ministère des Affaires Etrangéres.

52. D. Todorović, *Jugoslavija i balkanske države 1918-1923,* Beograd 1979, S. 182.

53. *Ibidem,* S. 183.

er von Pasić und Nincić mit einer Höflichkeit und Zuvorkommenheit empfangen, die eine entschiedene Wendung zu seinen Gunsten erkennen ließ. Bei der Unterredung wurde eine Reihe von Fragen angeschnitten, die beide Seiten betrafen.

Stambolijski ließ nicht an Versicherungen der Bereitwilligkeit Bulgariens fehlen, die Tätigkeit der I.M.R.O. einzustellen und darüber Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung zu führen. Auch den Vertrag von Neuilly sei Bulgarien bereit zu erfüllen[54], es bedürfe hierzu der Zeit, die jedoch für Bulgarien arbeite. Man einigte sich darauf, die zum Teil recht peinlichen Streitfragen zwischen beiden Regierungen durch eine gemischte Kommission, die in einem Grenzort zusammentreten sollte, behandeln zu lassen und einen Ausgleich zu suchen[55].

Hauptgegenstand der Besprechung bildete die Frage des Zugangs Bulgariens zum ägäischen Meer. Pasić und Nincić erklärten Stambolijski, daß Jugoslawien nichts dagegen einzuwenden habe, gleichzeitig wurde auch bemerkt, daß Griechenland diesen bulgarischen Wünschen ebenfalls nicht ablehnend gegenüberstehe. Jugoslawien werde die Schaffung einer neutralisierten oder internationalisierten Zone in West-Thrakien unterstützen, die das Interesse Bulgariens gewährleisten könne[56]. Mit einer solchen Haltung fand Belgrad einen Ausgleich zwischen dem griechischen Standpunkt, daß der Zugang Bulgariens zur Ägäis nicht in einer Gebietsabtretung auf Kosten Griechenlands zu bestehen brauche, und dem bulgarischen Standpunkt, daß Bulgarien nicht über griechisches oder türkisches Gebiet zum Meer gelangen könne und daher ein Korridor in West-Thrakien geschaffen werden müsse. Die Frage der Autonomie West-Thrakiens wurde nicht berührt, da darüber die jugoslawische Regierung ihre Entscheidung schon getroffen hatte[57]. Belgrad hielt grundsätzlich an den Bestimmungen des Friedensvertrags von Neuilly fest, um den Frieden auf dem Balkan zu erhalten und die politische Lage nicht durch die Aufrollung anderer Fragen zu verschärfen.

Der Besuch Stambolijskis in Belgrad ließ das Bestreben der bulgarischen Regierung deutlich erkennen, den Weg zu einer Verständigung mit Jugo-

54. P.A.A.A., Pol. Abt. II, Politische Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien, Bd. 1, X. 1920-IX. 1924, Nr. 1011, Belgrad, 12.11.1922, Deutsche Botschaft an das Auswärtige Amt.

55. *Ibidem.*

56. Bericht Nr. 485, Young (Belgrade) to Curzon, Belgrade, 20.11.1922 (D.B.F.P., Vol. XXIV, Nr. 207, S. 414).

57. *Neue Freie Presse,* 11.11.1922, "Die Verhandlungen Stambolijskis in Belgrad. Keine Erörterung der Thrakischen Frage".

slawien zu ebnen. Ein wirklicher Umschwung in den Beziehungen zwischen dem Königreich der S.H.S. und Bulgarien trat noch nicht ein, ein bemerkenswerter Schritt in dieser Richtung durfte jedoch im Verhandlungsverlauf gesehen werden. Deswegen stieß der Besuch des bulgarischen Ministerpräsidenten auf ein positives Echo bei den französischen diplomatischen Kreisen, die an einer bulgarisch-jugoslawischen Annäherung am meisten interessiert waren[58].

Um in Jugoslawien einen guten Eindruck zu hinterlassen unterstrich Stambolijski, daß Bulgarien nicht mehr an Makedonien denke und keine Ansprüche auf dieses Gebiet erheben werde[59], was die erbitterte Feindschaft der I.M.R.O. gegen ihn nach sich zog.

Am 22. November wurde die Lausanner Friedenskonferenz eröffnet. Die "Thrakien-Frage" wurde als erste vom 22. bis 24. November diskutiert[60]. Am Abend des ersten Tages ergriff Stambolijski das Wort und plädierte für den territorialen Zugang Bulgariens zur Ägäis.

"The retrocession of Eastern Thrace to Turkey should have been followed by the retrocession of Western Thrace to Bulgaria. This retrocession seems to be dictated by logic, by justice, and by the very interests of both Balkan and European peace. But I am convinced that the eventual accomplishment of such retrocession would be considered as a terrible blow to the Treaty of Neuilly.

That is why we Bulgars, in our effort to remain loyal to the end, only make the following request: If you will not consent to constitute Western Thrace as an autonomous region, would it not be possible to return to the situation as it was at the time of thesignature of the Treaty of Neuilly, including article 48 thereof? What I mean is this: We ask that Western Thrace should remain at the disposition of the Great Allied Powers, and that the invest it with a régime which would really transform it into a neutral zone: our railway system would extend across it; on is shores we would construct our ports, which would serve on the one hand the export and import trade of all civilised States of the West and beyond the seas, and on the other hand Bulgaria and her neighbours, Roumania, Jugoslawia, Ukraine, & c.

In this way the whole of Western Thrace, restored to the conditions

58. A.M.A.E., Z 168-I, Nr. 201, Belgrad, 11.11.1922, Simon à Poincare.

59. *L'Echo de Bulgarie,* 16.11.1922, "Declarations du president du Conseil faites le 9 Novembre devant les journalistes de Belgrad".

60. *Lausanne Conference on Near Eastern Affairs 1922-1923.* Records of Proceedings and Draft Terms of Peace, Turkey No 1 (1923), London 1923, S. 21-94.

contemplated by article 48 of the Treaty of Neuilly and provided with a régime of absolute neutrality, would constitute a region thoroughly fit to enjoy an independent administration, and offering all desired guarantees in its internal economy.

Under these conditions only the Bulgarian outlet to the Egean Sea will not be exposed to threats either on the east or on the west, and our railways and ports will be capable of development to the point of satisfying the ever-growing needs of commerce and industry, and of causing the closest relations to be established by way of the Egean Sea with the whole civilised world"[61].

Mit dem bulgarischen Standpunkt war im Prinzip kein Balkanstaat einverstanden. Griechenland prädierte für das Verbleiben West-Thrakiens bei Griechenland und für einen Handelszugang Bulgariens zur Ägäis, indem es Bulgarien alle Garantien für die Benutzung des Flusses Evros, der Eisenbahnstrecke und des Hafens von Alexandroupolis unter der Kontrolle einer internationalen Kommission zu geben bereit war. Die Türkei forderte ein Plebiszit für West-Thrakien und bestand auf eine Ausdehnung der Grenze Ost-Thrakiens westlich des Flusses Evros d.h. auf den Anschluß der Städte Karaagač und Didymoteichon, wobei sie vor allem Sicherheitsgründe als maßgebend dafür anführte. Jugoslawien und Rumänien unterstützen die griechische These bezüglich West-Thrakiens und sahen den Fluß Evros als die natürliche Grenze zwischen Griechenland und der Türkei an. Für die Alliierten gab es jedoch keine West-Thrakien-Frage. Sie standen sowohl dem bulgarischen Verlangen nach der Autonomie oder der Neutralisierung West-Thrakiens als auch dem türkischen Wünsche nach der Wiederherstellung der Grenzen vom 1913 ablehnend gegenüber. Für die Absicherung Ost-Thrakiens schlugen sie die Errichtung entmilitarisierter Zonen westlich und nördlich von Adrianopel vor. Damit eine Lösung des Problems des Zugangs Bulgariens zur Ägäis gefunden wird, wurde eine Subkommission eingestellt, die am 24. November die folgenden Vorschläge unterbreitete.

"In order to carry out the promise of an economic outlet to the Egean Sea made to Bulgaria in article 48 of the Treaty of Neuilly, and to secure the freedom of that outlet, an international commission should be set up which should have the most extensive powers to undertake, by any means which it should deem necessary, the construction and equipment at Dedeagatch or in its neighbourhood of a free port open to the trade of all nations.

This commission, following if necessary the lines laid down by the treaty of the 10th August, 1920, regarding Thrace and other similar provisions,

61. *Ibidem*, S. 32.

shall likewise assure the direction, administration, development and progressive improvement of this port and its annexes, as well as the supervision of the exploitation of the railway running from Dedeagatch as far as the Bulgarian frontier.

The British Empire, France, Italy, Bulgaria, Greece, Roumania, the Kingdom of the Serbs, Croats and Slovenes and Turkey shall each have a representative on this commission.

The post of president shall be filled in rotation by the representative of the three first-named Powers.

The commission shall establish its own regulations"[62].

Am gleichen Tag lehnte Bulgarien die Vorschläge ab, und zwar mit der Begründung

"It is only by direct possession of the territory in the neighbourhood of the railway and the port, or by placing that territory under a completely autonomous régime, economically tied to Bulgaria by special stipulations, that the port of Dedeagatch can be constructed, controlled and developed in accordance with the economic interests of Bulgaria"[63].

Am 26. Januar 1923 unterbreitete die Subkommission der bulgarischen Delegation eine "Draft-Konvention", deren wichtigste Artikel die folgenden waren:

"*Article 1*

Greece undertakes to grant a lease to Bulgaria for a period of ninety-nine years of a strip of territory on the coast of the Egean Sea between Dedeagatch and Makri, of the length of 3 kilom. and of the depth of 1 kilom.

The site and delimitation of this territory shall be decided by common agreement between the Greek and Bulgarian Governments, and, in the event of no agreement being arrived at between them, the decision shall be left to an arbitrator nominated by the Council of the League of Nations.

Article 2

In all matters pertaining to administration, this territory should be considered as being Bulgarian territory. The Bulgarian Government undertakes, however, not to use the territory of the harbour which may be there constructed for military or naval purposes.

62. *Ibidem*, S. 79.
63. *Ibidem*, S. 80.

Article 3

The territory to be ceded as provided for in article 1 shall be administered by Bulgaria and be under Bulgarian legislation. The officials and functionaries employed in the territory shall be of Bulgarian nationality and shall be appointed by the Bulgarian Government. The Bulgarian Government shall, every six months, communicate to the Greek Government a nominal roll of these officials and functionaries in which their respective functions shall be stated.

Article 9

The port to be eventually constructed upon the territory referred to in article 1 is declared to be a free port and a port of international concern. Bulgaria undertakes to apply to this port the recommendation regarding such ports which was adopted by the conference held at Barcelona from the 10th March to the 20th April, 1921.

Article 10

In order to assure the free transit of goods and passengers between Bulgaria and the territory referred to in article 1 an international commission shall be constituted within a period of three months from the coming into force of the present convention, and shall be composed of representatives appointed by the Governments of the British Empire, Bulgaria, France, Greece, Italy, Roumania, the Serb-Croat-Slovene State and Turkey. Each Power shall have one delegate. The seat of the commission shall be chosen by the commission itself. The budget of the commission shall be provided as indicated in article 8. The commission shall lay down its own rules of procedure.

Article 11

The clairmanship of the commission provided for in article 10 shall be annual and shall be exercised in rotation, according to alphabetical order by the representatives of the British Empire, France and Italy. The president for the first year shall be chosen by lot.

Decisions will be taken by a majority and the chairman shall have a casting vote in case of an equality of votes"[64].

64. *Ibidem*, S. 462-463.

Diese Vorschläge wurden wiederum von der bulgarischen Delegation als unannehmbar erachtet. Um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen, erklärte sich Venizelos bereit, in Thessaloniké Bulgarien eine Freihafenzone zu gewähren. Auch dieses Angebot wurde von Bulgarien abgelehnt[65]. Stambolijski jedoch schien vom Verlauf dieser ersten Phase der Konferenz nicht besonders enttäuscht zu sein; er ging davon aus, daß umso mehr Chancen für die Verwicklichung der bulgarischen Pläne geschaffen würden, je länger die Lösung des Problems hinausgezögert werde[66]. Sollte Bulgarien die ihm unterbreiteten Vorschläge annehmen, so würde man die Angelegenheit für erledigt halten und Bulgarien das Recht absprechen, in der Zukunft die Frage des Zugangs zur Ägäis anzuschneiden.

Die bulgarische Außenpolitik richtete sich in den folgenden Monaten darauf, einerseits die Annäherung an Jugoslawien zu beschleunigen, anderseits die "West-Thrakien-Frage" zu internationalisieren. Vom 2. bis 17. März 1923 handelten Belgrad und Sofia auf einer Konferenz in Niš ein Abkommen aus, welches ein gemeinsames Vorgehen beider Staaten gegen die I.M.R.O. vorsah[67]. Damit verzichtete Bulgarien nicht nur formell, sondern auch in der Tat auf den serbischen Teil Makedoniens. Gleichzeitig mit den Verhandlungen in Niš ließ Stambolijski durch die "Innere Thrakische Revolutionäre Organisation" in West-Thrakien Unruhen anstiften, was die Entstehung einer gespannten Lage in disem Gebiet zur Folge hatte.

Die Konferenz in Niš löste in Griechenland beträchtliche Besorgnis aus. Bisher hatte man den jugoslawisch-bulgarischen Gegensatz, der durch das Auftreten der Komitatschi-Banden immer neue Nahrung fand, für zu stark gehalten, als daß man mit einer Aussöhnung der beiden slawischen Völker in naher Zukunft gerechnet hätte. Jetzt zeigte die verhältnismäßig rasch erzielte Verständigung in Niš, daß das Werben Stambolijskis um die serbische Freundschaft in Belgrad nicht mehr der gleichen Kühle und Zurückhaltung begegnete, wie früher. Das Gefühl der Unruhe verstärkten noch die wegen der schwebenden Frage der Freihafenzone in Thessaloniké bestehenden Mißstimmungen in den jugoslawisch-griechischen Beziehungen. Zwar wollte die griechische Regierung den serbischen Wünschen weitestgehend entgegenkommen, aber die Forderung nach serbischer Verwaltung in der Freihafen-

65. *Ibidem*, S. 460.

66. Bericht Nr. 5, Erskine (Sofia) to Curzon, Sofia, 5.1.1923 (D.B.F.P., Vol. XXIV, Nr. 231, S. 460).

67. Vgl. S. Sfetas, *Makedonien und interbalkanische Beziehungen 1920-1924*, Veröffentlichungen des Instituts für Geschichte Osteuropas und Südosteuropas der Universität München, Bd. 12, München 1992, S. 155-161.

zone wurde als Verletzung der griechischen Souveränität und daher als unannehmbar erachtet. Die Verlegenheit war um so größer, als man befürchtete, daß bei einer Verständigung zwischen Sofia und Belgrad die Frage des bulgarischen Zugangs zum ägäischen Meer auf Kosten Griechenlands eine Rolle spielen könnte und daß Jugoslawien eine sich bietende Gelegenheit wahrnehmen würde, um Thessaloniké an sich zu reissen.

Die Sorgen Griechenlands waren nicht unbegründet. Man ging davon aus, daß die ungelösten Fragen der serbischen Freihafenzone in Thessaloniké und des Zugangs Bulgariens zur Ägäis den Weg zu einer gemeinsamen südslawischen Aktion gegen Griechenland ebnen könnten. Die Besorgnis erreichte ihren Höhepunkt, als im März 1923 die "Innere Thrakische Revolutionäre Organisation" eine Reihe von Attentaten in West-Thrakien verübte. Die Führer dieser Organisation, der Bulgare Tane Nikolov und der Türke Rufat Bey, hatten beschlossen, griechische Kasernen zu überfallen[68]. Die gespannte Lage, die dadurch entstand, veranlaßte die griechische Regierung, Bulgarophone und Muslime aus West-Thrakien nach dem Landesinnern, besonders nach Thessalien und nach den Inseln, vorläufig abzutransportieren. Betroffen davon waren diejenigen, die in Verdacht standen, Freischärler der thrakischen Organisation zu beherbergen oder mit ihnen zusammenzuarbeiten[69].

Diesen Sachverhalt nützte die bulgarische Regierung geschickt aus und sprach von einer "Mißhandlung der bulgarischen Volksgruppe in West-Thrakien", um die Ansprüche Bulgariens auf dieses Gebiet zu "legitimieren". Sie hielt die Zeit für die Verwirklichung der bulgarischen Pläne für gekommen, da Bulgarien durch das Niš-Abkommen einen Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen und Beweise seines guten Willens Jugoslawien gegenüber an den Tag gelegt hatte.

Am 31. März 1923 richtete die bulgarische Regierung einen Protestbrief an die griechische Regierung, in dem sie sich über die Deportation von Bulgaren aus West-Thrakien beschwerte. Am 1. April 1923 überreichte sie eine Protestnote an die Großmächte, in der sie auf eine "Mißhandlung der bulgarischen Volksgruppe in West-Thrakien" hinwies und das griechische Regime in diesem Gebiet für "bankrott" erklärte[70].

Am 5. April 1923 beantwortete die Regierung Gonatas den Protestbrief

68. Vgl. Trifonov, *Bălgarskoto...*, S. 115.

69. Bericht Nr. 268, Bentinck (Athens) to Curzon, Athens, 5.4.1923 (D.B.F.P., Vol. XXIV, Nr. 313, S. 566-567).

70. A.Y.E., 1923, A/5/XII (1), Nr. 566, Sofia, 10.4.1923, Griechische Botschaft an das Außenministerium.

Bulgariens. Sie wies darauf hin, daß die Deportation von Bulgarophonen aus Sicherheitsgründen erfolgt sei und einen vorläufigen Charakter habe. Man werde Sorge dafür tragen, daß die deportierten Bulgarophonen zurückkehrten, sobald die Situation es erlaube[71].

Angesichts dieses Sachverhaltes war die Besorgnis Griechenlands über das Niš-Abkommen verständlich. Um sich über die Themen, die auf der Konferenz in Niš tatsächlich besprochen wurden, zu informieren und um sich über die jugoslawische Haltung gegenüber Griechenland zu vergewissern, sah sich der griechische Außenminister Apostolos Alexandrés veranlaßt, Mitte April 1923 Belgrad zu besuchen. Die jugoslawische Führung versicherte ihm, daß die Verhandlungen in Niš keinen politischen Charakter, sondern nur die Bekämpfung der I.M.R.O. als Hauptthema gehabt hätten. Die jugoslawische Haltung gegenüber Bulgaren sei noch nicht modifiziert worden. Was den Zugang Bulgariens zur Ägäis betreffe, beziehe Jugoslawien keine Stellung gegen die Zustimmung Griechenlands[72].

Die Haltung Belgrads wurde in Griechenland mit einer gewissen Befriedigung zur Kenntnis genommen. In den Regierungskreisen begann sich die Ügerzeugung durchzusetzen, daß es zu einer Abwendung Jugoslawiens von Griechenland nicht kommen könne, da Belgrad jetzt noch mehr als früher auf die Freundschaft Griechenlands als Gegengewicht gegen Italien angewiesen sei. Die Regierung Gonatas war jetzt noch mehr bestrebt, die Frage der serbischen Freihafenzone in Thessaloniké auf eine Weise zu lösen, die Jugoslawien zufriedenstellen könnte.

Auf der Durchreise nach Lausanne hielt sich der griechische Außenminister A. Alexandrés in Belgrad auf, wo am 10. Mai 1923 ein Abkommen unterzeichnet und die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden. Durch das Abkommen wurden alle Fragen, die den Verkehr, die Finanzgebarung und das Zollwesen in der Freihafenzone betrafen, geregelt. Die Freihafenzone, die für die Dauer von 50 Jahren an Jugoslawien abgetreten wurde, blieb weiter unter der Oberhoheit Griechenlands, doch sollte sie von den jugoslawischen Zollbeamten nach der jugoslawischen Gesetzen verwaltet werden[73]. Die griechisch-jugoslawische Allianz spiegelte sich während der

71. A.Y.E., 1923, A/5/XII (1), Nr. 2838, Athen, 5.4.1923, Griechisches Außenministerium an die bulgarische Botschaft.

72. Bericht Nr. 101, Erskine (Sofia) to Curzon, Sofia, 24.4.1923 (D.B.F.P., Vol. XXIV, Nr. 345, S. 608).

73. Vgl. 1920-1923, *Survey of International Affairs*, ed. by Arnold Toynbee, Oxford University Press 1925, S. 343.

zweiten Phase der Lausanner Konferenz (23. April - 24. Juli 1923) in der diplomatischen Unterstützung wider, die Jugoslawien Griechenland gewährte. Jugoslawien änderte seine Position gegenüber dem Zugang Bulgariens zur Ägäis nicht und stimmte dafür, daß Griechenland an die Türkei keine Kriegsreparationen bezahlen sollte. Man wollte in Belgrad den zuverlässigen Partner Griechenland nicht verlieren und zweifelte stark daran, daß Stambolijski im Stande wäre, mit der I.M.R.O. fertig zu werden. Die sich anbahnende bulgarisch-jugoslawische Freundschaft bedürfte noch viel Zeit bis Sofia das Vertrauen Belgrads gewinnen könnte.

Die griechische Außenpolitik richtete sich ferner darauf, den griechisch-türkischen Streitpunkt, nämlich die Querellen um Karaagač zu beseitigen, um eine bulgarisch-türkische "Allianz" zu verhindern und Bulgarien, das sich mit den Angeboten Griechenlands bezüglich des Zugangs zur Ägäis nicht zufrieden gab und das Verbleiben West-Thrakiens bei Griechenland in Frage zu stellen versuchte, den Weg zur Ägäis zu erschweren. Am 26. Mai 1923 wurde in Lausanne eine Einigung zwischen Griechenland und der Türkei erzielt. Die Türkei verzichtete auf Reparationszahlungen seitens Griechenlands und Griechenland erkannte die Abtretung von Karaagač an die Türkei an. In Bulgarien rief die griechisch-türkische Einigung eine gewisse Erbitterung hervor. Es wurde als das Ende aller Hoffnungen Bulgariens auf den Zugang zur Ägäis dargestellt[74].

Bulgarien mußte jetzt nicht nur über griechisches, sondern auch über türkisches Gebiet ins ägäische Meer gelangen.

Um auf dem Balkan ein System der Kollektiven Sicherheit zu etablieren, bemühte sich Griechenland um seinen Beitritt zu der Kleinen Entente. Da aber die Kleine Entente einen defensiven Charakter hatte und Prag und Bukarest ihr keine antitürkische Stoßrichtung verleihen wollten, war man von dem Wunsch Athens nicht begeistert, so daß Griechenland schließlich seine Bemühungen einstellte.

Der Verzicht Stambolijskis auf Makedonien und die Kriegserklärung an die I.M.R.O., sein brutales Vorgehen gegen die Opposition und schließlich sein "Mißerfolg" in der Thrakien-Frage führten am 9. Juni 1923 zum Sturz seiner Bauernregierung durch einen Staatsstreich, der von der Liga der Reserveoffiziere, dem Oppositionsblock und der I.M.R.O. durchgeführt wurde. Fast alle Minister der Bauernregierung wurden verhaftet und Stambolijski, der sich in seinem Geburtsort Slavovica befand, wurde auf bestiale

74. Bericht Nr. 128, Erskine (Sofia) to Curzon, Sofia, 31.4.1923 (D.B.F.P., Vol. XXIV, Nr. 402, S. 682).

Weise zu Tode gefoltert. Die neue Regierung, der Al. Cankov als Ministerpräsident vorstand, bestand aus allen politischen Parteien, außer den Kommunisten und den Bauern, und stützte sich vor allem auf das Militär. Die Bemühungen der neuen bulgarischen Regierung um innere Konsolidierung und diplomatische Anerkennung führten dazu, daß die "Thrakien-Frage" nicht im Mittelpunkt der Außenpolitik Bulgariens stand[75]. Am 24. Juli 1923 schloß die Lausannerkonferenz ihre Arbeit ab und sicherte das Verbleiben West-Thrakiens bei Griechenland.

Nach der Unterzeichnung des Vertrags von Lausanne ließ die Tätigkeit der "Inneren Thrakischen Revolutionären Organisation" merklich nach, weil die Türken jetzt kein Interesse an Terroaktionen hatten. Damit verlor der Grund an Bedeutung, der die Internierung von Bulgarophonen bedingt hatte. Alle nach dem Landesinnern abtransportierten Bulgarophonen durften jetzt nach West-Thrakien zurückkehren.

Im Oktober 1923 begannen die Bestimmungen des Vertrags von Neuilly über den griechisch-bulgarischen Bevölkerungsaustausch bezüglich Makedoniens auch für West-Thrakien zu gelten, was eine Abnahme des bulgarischen Element dort zur Folge hatte. Ende des Jahres 1923 lebten in West-Thrakien 3.157 Bulgaren[76]. Aber die Regierung Cankov wie alle bulgarischen Regierungen in der Zwischenkriegszeit hielten die Frage des territorialen Zugangs zur Ägäis d.h. der Rückgewinnung West-Thrakiens für offen, was eine Annäherung Bulgariens an Griechenland verhinderte und die Isolierung Bulgariens auf dem Balkan fortsetzte.

Institut für Balkanstudien
Thessaloniki

75. Die neue bulgarische Regierung entfaltete jedoch in Lausanne eine diplomatische Tätigkeit bezüglich der "Ägäis-Frage" und vertrat den Standpunkt der früheren Regierung Stambolijski Vgl. M. Kumanov, "Bălgaro-grăcki otnošenija (Juni 1923-Januari 1926 g.)", in: *Bălgarija i evropeiskite strani prez XIX-XX vek*, Sofija 1975, S. 223-224.

76. Vgl. Γέρακας, *op. cit.*, S. 92.